

Dringliche Interpellation Fraktion SP/junge SP **Stilllegung rollende Landstrasse – was unternimmt der Kanton?**

Mit der angekündigten vorzeitigen Einstellung der Rollenden Landstrasse (Rola) per Ende 2025 (das Unternehmen RAlpin, das die Rola betreibt, hat seinen Sitz in Olten) fällt ein zentrales Instrument der Schweizer Verlagerungspolitik weg; sie gefährdet den in Art. 84 der Bundesverfassung verankerten Verlagerungsauftrag. Rund 70'000 Lastwagenfahrten, die bisher per Bahn abgewickelt wurden, werden voraussichtlich zurück auf die Strasse verlagert – obwohl das in der Bundesverfassung verankerte Ziel von maximal 650'000 alpenquerenden Fahrten pro Jahr bereits deutlich überschritten ist.

Die Belastung der zentralen Transitachsen – unter anderem auch im Kanton Solothurn mit der A1 und der A2 am Autobahnkreuz in Härkingen – wird dadurch massiv zunehmen, was Rückstau auf das ganze Nationalstrassennetz zur Folge haben dürfte, inkl. der dazugehörigen negativen Begleiterscheinungen wie stärkere Umweltverschmutzung, Ausweichverkehr etc. Diese Entwicklung birgt erhebliche Risiken, sowohl für die Umwelt als auch für die Verkehrssicherheit.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, hierzu folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt die Solothurner Regierung die Auswirkungen der geplanten Stilllegung der Rola auf den Transitverkehr und die Verkehrsbelastung auf dem Kantonsgebiet, insbesondere auf der A2?
2. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass der Wegfall der Rola den bundesverfassungsmässigen Verlagerungsauftrag (Art. 84 BV) unterläuft und dass beim Bund rasch Massnahmen zur Kompensation erforderlich sind?
3. Welche Aktivitäten plant oder prüft der Regierungsrat, um sich beim Bund für eine Stärkung der Verlagerungspolitik einzusetzen?
4. Welche Massnahmen sind auf kantonaler Ebene vorgesehen, um die Bevölkerung vor den absehbar steigenden Belastungen durch den zusätzlichen Transitschwerverkehr wie Lärm, Luftschadstoffe (u.a. CO₂ und Reifenabrieb), Stau, Sicherheit etc. zu schützen?
5. Hat der Regierungsrat bereits Kontakt mit dem Bund oder anderen betroffenen Kantonen (z.B. Uri, Tessin, Graubünden, Wallis) aufgenommen oder entsprechende Interventionen geplant?

Unterschriften:

1. Nadine Vögeli, Hägendorf

2.

3.